

ANTISEMITISMUS IM DEUTSCHEN SPORT: FOKUS KAMPFSPORT

REPORT

Autorin
Linda-Charlotte Liedel

Mit dem Policy Program „Actions Matter“ bringt das European Leadership Network ([ELNET](#)) Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie Betroffene zusammen, um praxisorientierte Handlungsempfehlungen für eine effektivere Bekämpfung von Antisemitismus in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens zu entwickeln. Ein thematischer Schwerpunkt des Policy Programs liegt beim Thema Sport.

Im November 2024 wurde dieser vom Bundesministerium des Innern geförderte Arbeitsstrang mit einem virtuellen [Auftakt-Roundtable](#) ins Leben gerufen. Der Fokus lag dabei auf dem [Fußball](#). Bei der von ELNET ausgerichteten Fachkonferenz: „[Actions Matter – The Summit](#)“ wurde das Format in Wien im Dezember 2024 um eine internationale Perspektive erweitert. Am 03. Juni 2025 wurde die Arbeit in Berlin mit einem Hauptaugenmerk auf Antisemitismus im [Kampfsport](#) fortgesetzt.

Als inhaltliche Impulsgeberinnen und Impulsgeber fungierten dabei Stephan Mayer MdB, sportpoliti-

scher Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Robert Claus, langjähriger Projektleiter von Vollkontakt – Demokratie & Kampfsport, Rosi Kammermeier, Antisemitismusbeauftragte des Bundesfachverbandes für Kickboxen e. V. (WAKO Deutschland) sowie Krav Maga-Headcoach David Neumann des TuS Makka-bi Frankfurt. Zusammen mit rund 20 fachkundigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern erarbeiteten sie Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Antisemitismus im deutschen Kampfsport – sowohl im verbandsorganisierten Sektor unter dem Dach des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) als auch im freien, zumeist kommerziellen Bereich.

Ein Höhepunkt war das Impulsreferat von [Yael Arad](#), Präsidentin des Israelischen Olympischen Komitees und erste Medaillengewinnerin des jüdischen Staates bei Olympischen Spielen. Die ehemalige Judoka sprach über Antisemitismus im internationalen Spitzensport sowie die deutsch-israelischen Sportbeziehungen im [60. Jubiläumsjahr](#) der bilateralen diplomatischen Beziehungen.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

1 Stärkung der empirischen Forschung

Antisemitismus im Kampfsport ist bislang quantitativ und qualitativ unzureichend erforscht – insbesondere im unregulierten, freien Kampfsportsektor. Es bedarf signifikanter Mittel, um diese Leerstelle zu schließen. Dies ist angesichts der enormen Gefahr für die demokratische Ordnung, die von dem Sektor ausgehen kann, unerlässlich.

2 Regulierung des freien Sektors

Um regulativen Zugriff auf den freien Kampfsportsektor zu bekommen, sollte der Kinder- und Jugendschutz auf halböffentliche Kampfsportveranstaltungen ausgeweitet sowie kommerzielle Veranstalter als Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz eingeordnet werden. Die Gründung einer Kampfsportbehörde nach niederländischem Vorbild ist zu prüfen.

3 Schaffung von strukturellen Verpflichtungen im verbandsorganisierten Sektor

Kampfsportverbände unter dem Dach des DOSB sollten die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus annehmen, ihre Satzungen um einen entsprechenden Passus ergänzen sowie hauptamtliche Antisemitismusbeauftragte einsetzen. Darüber hinaus gilt es, antisemitismuskritische Inhalte verpflichtend in Aus- und Weiterbildungen zu verankern. Im Kinder- und Jugendbereich sollten dabei spielerische Formate im Vordergrund stehen.

4 Flächendeckende Einsetzung von Antisemitismusbeauftragten bei Strafverfolgungsbehörden

Noch immer gibt es nicht in allen Bundesländern Antisemitismusbeauftragte bei den Strafverfolgungsbehörden. Menschen, die von Antisemitismus betroffen sind, benötigen – ebenso wie Vereine und Verbände – sensibilisierte Ansprechpersonen. Dies gilt insbesondere für Bereiche wie den Kampfsport, in denen es zum Teil starke Überschneidungen mit gewaltbereiten Szenen gibt.

5 Ausbau des deutsch-israelischen Jugendaustausches

Im 60. Jubiläumsjahr der diplomatischen Beziehungen sollte der deutsch-israelische Jugendaustausch auch auf der Ebene von Kampfsportverbänden und -vereinen ausgeweitet werden, um (israelbezogenem) Antisemitismus wirkungsvoll entgegenzuwirken. Dazu bedarf es auch der Umsetzung des bereits 2018 beschlossenen Deutsch-Israelischen Jugendwerkes.

also das Boxen ohne Handschuhe. Signifikante Mittel müssen bereitgestellt werden, um **systematische Erhebungen** insbesondere im freien Kampfsportsektor zu ermöglichen. Neben quantitativer Forschung kann hier auch qualitativer Milieuforschung als analytisches Instrument eine Schlüsselrolle zukommen.

Freier Kampfsportsektor: Potenzielle Maßnahmen

Während vermehrte Forschung für eine evidenzbasierte Politik unerlässlich ist, gibt es bereits Mechanismen, die in Erwägung gezogen werden sollten, um regulativen Zugriff auf den freien Sektor zu bekommen. Erstens wäre eine **Ausweitung des Kinder- und Jugendschutzauftrags** sinnvoll. Das Jugendschutzgesetz greift aktuell nur bei öffentlichen Kampfsportveranstaltungen, nicht jedoch bei halböffentlichen Events wie Einladungskämpfen. Diese Lücke muss vom Gesetzgeber dringend geschlossen werden, um Kinder und Jugendliche vor potenziell schädigenden Eindrücken und problematischen Akteuren zu schützen.

Zweitens wäre eine Einstufung kommerzieller Veranstalter als **Verpflichtete im Sinne des Geldwäschegesetzes** zu begrüßen. Aktuell sind zur Einhaltung bestimmter rechtlicher Vorschriften zur Prävention von Geldwäsche beispielsweise Glücksspielanbieter oder Immobilienmakler im Besonderen verpflichtet, nicht aber Veranstalter im kommerziellen Kampfsportsek-

Datenlage

Antisemitismus in seinen aktuellen Erscheinungsformen ist insbesondere quantitativ ein **unterbeleuchtetes Phänomen**. Dies trifft auch auf den gesellschaftlich prägenden Raum des Sports zu. Dem Kampfsport wohnt durch die Vermittlung von Gewaltkompetenzen leider ein besonderes Gefährdungspotenzial inne. Herausforderungen stellen dabei die Heterogenität und Dynamik der deutschen Kampfsportlandschaft dar: Neben einem mitgliederstarken, verbandsorganisierten Bereich unter dem Dach des DOSB existiert ein freier, zumeist kommerzieller Bereich. Dieser entzieht sich bislang jeder politischen Regulation und bedient fortlaufend neue Trends. Beispiele hierfür sind die lukrative Extremkampfsportart Mixed Martial Arts (MMA) oder Bare-Knuckle,

tor. Als in den Niederlanden deutlich wurde, wie durchdrungen dieser von kriminellen Strukturen war, gründete man eine Art Kampfsportbehörde, die **Dutch Combat Sports Authority**, die nun für die Regulation von Kickboxen, Thaiboxen und MMA zuständig ist und beispielsweise private Kampfsportschulen überwacht. Die Gründung einer vergleichbaren Institution sollte auch in Deutschland geprüft werden, insofern ähnlich tiefgreifende, strukturelle Verflechtungen zwischen Organisierter Kriminalität und dem kommerziellen Kampfsportsektor nachzuweisen sind.

Verbandsorganisierter Kampfsportsektor: Handlungsfelder

Obleich der Handlungsdruck im freien Kampfsportsektor besonders groß ist, zeigt sich auch im verbandsorganisierten Sektor erheblicher Handlungsbedarf. So sind Mitglieder des deutsch-jüdischen Turn- und Sportverbandes Makkabi Deutschland auch im Kampfsport regelmäßig mit Antisemitismus konfrontiert. Neben einzelnen Vorfällen bereiten auch **strukturelle Tendenzen** Sorgen: Antidemokratische Akteure – insbesondere aus der rechtsextremen Szene, zunehmend aber auch aus islamistischen und linksextremen Milieus – versuchen gezielt, sich bestehende Strukturen anzueignen. Dies geschieht durch die Unterwanderung bestehender Organisationen oder die Gründung neuer Vereine und Verbände. Teilweise erfolgt dies sogar mit finanzieller Unterstützung aus dem Ausland, darunter auch Staaten, die offen israelbezogenen Antisemitismus propagieren.

Bisher hat sich keiner der deutschen Kampfsportverbände unter dem Dach des DOSB explizit selbst zur **Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)** bekannt. Im Sinne einer effektiven Antisemitismusbekämpfung ist es dringend geboten, diese Definition offiziell anzuerkennen und sich notwendigen strukturellen Veränderungen zu verpflichten. Derzeit gibt es nur eine **Antisemitismusbeauftragte** im deutschen Kampfsport – und diese übt das Amt bei der WAKO Deutschland ehrenamtlich aus. Dies reicht nicht aus. **Hauptamtliche Stellen** müssen geschaffen werden, um Prävention, Sensibilisierung und Reaktion auf antisemitische Vorfälle professionell zu gewährleisten sowie extremistischen Einflussnahmen vorzubeugen.

Denkbar wäre etwa eine verpflichtende Ernennung jeweils eines Rassismus- und Antisemitismusbeauftragten ab einer bestimmten Mitgliederzahl.

Zudem sollten Verbände ihre **Satzungen** um eine Positionierung gegen jede Form von Diskriminierung und Extremismus ergänzen. Antisemitismus ist hierbei explizit zu nennen, und nicht als Unterform von Rassismus zu verstehen. Ein solcher Passus verletzt das Gebot parteipolitischer Neutralität, dem Sportverbände und -vereine verpflichtet sind, nicht. Vielmehr schafft er eine klare, normative Grundlage, um extremistische Einflüsse zu verhindern und demokratische Werte innerhalb bestehender Strukturen zu schützen.

Ein weiterer zentraler Schritt ist die **verbindliche Integration antisemitismuskritischer Inhalte** in die Aus- und Weiterbildung von Athleten, Trainern, Kampfrichtern und Funktionären. Besonders sinnvoll erscheint dabei die Integration in bereits bestehende Formate. Im Spitzensport eignen sich hierfür beispielsweise verpflichtende Schulungen zum Thema Doping. Auf Trainerebene könnte die Ausbildung zur Demokratietrainer/in als geeignetes Vehikel dienen. Diese von bayerischen Sportfachverbänden entwickelte Ausbildung ist mittlerweile als C-Lizenz förderfähig, steht Verbandsmitgliedern bundesweit offen, und birgt echtes Best-Practice-Potenzial.

Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, bundesweit **Antisemitismusbeauftragte bei den Strafverfolgungsbehörden** zu etablieren. Noch immer ist etwa bei der Polizei viel zu häufig Bagatellisierung statt fachkundigem und konsequentem Handeln zu beobachten. Antisemitismusbeauftragte könnten hier eine zentrale Rolle übernehmen – etwa als direkte, sensibilisierte Ansprechpartner für Makkabi-Ortsvereine. Antisemitismus in Deutschland ist keine abstrakte Gefahr, sondern eine **reale Bedrohung**, die als solche auch von den Strafverfolgungsbehörden verstanden werden muss.

Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

Für die Impulsgeberin Yael Arad, Israels erste Medaillengewinnerin bei Olympischen Spielen, waren Jugendaustausche auf Verbands- und Vereinsebe-

ne zentral, um sich auf persönlicher und sportlicher Ebene weiterzuentwickeln. Im 60. Jubiläumsjahr der offiziellen deutsch-israelischen Beziehungen gilt es, entsprechende Formate im (Kampf)sport weiter auszubauen. Diese leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur **Völkerverständigung**, sondern stellen sich auch effektiv der aktuell wirkmächtigsten Form von Judenhass – dem israelbezogenen Antisemitismus – entgegen. Aufgrund der aktuellen Gefahrenlage in Israel sind deutsche Verbände und Vereine besonders gefragt, sich auch als Gastgeber anzubieten. Es bleibt zu hoffen, dass das bereits 2018 beschlossene, aber noch nicht umgesetzte **Deutsch-Israelische Jugendwerk** zeitnah unterstützend wirken kann.

Fazit und Ausblick

Die im Rahmen des Roundtables behandelten Themen verdeutlichen die dringende Notwendigkeit eines konsequenten und differenzierten Vorgehens gegen Antisemitismus, andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie extremistischer Vereinnahmung im deutschen Kampfsport. Insbesondere die Kombination aus der Vermittlung von Gewaltkompetenzen, einer hohen Milieuviefalt und dem Fehlen staatlicher Kontrolle im freien Sektor erhöht den Handlungsdruck erheblich. Eine zeitnahe Umsetzung der entwickelten Empfehlungen ist daher unabdingbar. Eine **stärkere Vernetzung** engagierter Akteure innerhalb der heterogenen Kampfsportlandschaft – wie sie durch den Roundtable initiiert wurde – könnte dabei eine zentrale Rolle einnehmen.

Gerade im verbandsorganisierten Bereich könnten Verantwortliche zudem von einem fachlichen Aus-

tausch mit Kolleginnen und Kollegen anderer Sportarten wie dem Fußball profitieren, der nahezu komplett unter dem Dach des Deutschen Fußballbundes (DFB) organisiert ist. Als populärste Sportart in Deutschland nimmt er im deutschen Sport in Fragen von Diversity, Equity und Inclusion eine Vorreiterrolle ein und bildete daher auch den thematischen Schwerpunkt des [Auf-takt-Roundtables](#) des Arbeitsstrangs „Actions Matter – Antisemitismus im Sport“ im November 2024.

Neben einer sportartspezifischen und -übergreifenden Vernetzung auf nationaler Ebene ist auch der Ausbau **internationaler Kooperationen** bedeutend. Der Mehrwert einer solchen Zusammenarbeit wurde insbesondere bei [„Actions Matter – The Summit“](#) im Dezember 2024 deutlich, bei der Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus über 10 Ländern zusammenkamen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es umso sinnvoller, zeitnah eine umfassende Strategie gegen Antisemitismus im Sport zu entwickeln, die nicht auf einzelne Disziplinen und Sektoren beschränkt bleibt. Vielmehr sollte sie die unterschiedlichen Akteure des Sports in den Blick nehmen – etwa Athletinnen und Athleten, Unparteiische, Fans und Funktionäre – und für diese **sportartenübergreifend wirksame Leitlinien** erstellen. Ein zentraler Baustein sollte dabei die transnationale Vernetzung sein, um bewährte Ansätze zusammenzuführen und gezielt weiterzuentwickeln. So können Synergien entstehen, die dazu beitragen, dass der Sport seinem Anspruch schneller und nachhaltiger gerecht wird: ein sicherer Raum zu sein, in dem Menschen ihre Potenziale entfalten und Träume verwirklichen können – auch Jüdinnen und Juden; uneingeschränkt.